



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden haben die Debatte über den zukünftigen Weg der Europäischen Union neu entfacht. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welches Selbstverständnis die künftige Union haben soll, damit sich die Menschen mit der europäischen Idee stärker identifizieren können. Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt deshalb folgende politische Schwerpunkte, um damit das „Europa der Regionen“ zu stärken:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont, dass ein aktives und integratives „Europa der Regionen“ zu einem hohen Maß an europäischer Akzeptanz führen wird. Die Herausbildung regionaler Identität als integrierter Teil europäischer Politik ist deshalb zu unterstützen und auszubauen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht im „Ausschuss der Regionen“ ein wirksames Instrument zur Stärkung der regionalen Stimme in Europa. Schleswig-Holstein wird weiter eine aktive Rolle in diesem Gremium ausüben und sich nach wie vor für die Stärkung des Gremiums einsetzen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag misst den Kooperationen mit den Nachbarregionen hohe europapolitische Bedeutung zu. Ihre Ergebnisse sind für die Bürger konkret und unmittelbar erfahrbar. Dies gilt insbesondere für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark wie für die Kooperation mit den Partnern des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“.
4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich für eine stärkere Vernetzung der europa-aktiven Organisationen des Landes aus und rät zu einer Aktivierung der Partnerschaften auf allen Ebenen. Der engen europapolitischen Zusammenarbeit zwischen der kommunalen und der Landesebene wächst in einem „Europa der Regionen“ eine besondere Bedeutung zu.

5. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Arbeit der Europa-Schulen des Landes als wichtige Vermittler europapolitischer Inhalte in Theorie und Praxis. Der in der Legislatur vorzulegende Europa-Bericht der Landesregierung soll die europapolitische Arbeit der Schulen und Hochschulen unseres Landes besonders dokumentieren.

Begründung:

Die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union wird entscheidend davon abhängen, ob die Bürgerinnen und Bürger sich mit den Werten und Inhalten europäischer Politik identifizieren. Den Landesparlamenten kommt in der europapolitischen Vermittlung eine herausragende Aufgabe zu, die sich insbesondere in einem „Europa der Regionen“ umsetzen lässt.

Rolf Fischer
und Fraktion

Manfred Ritzek
und Fraktion